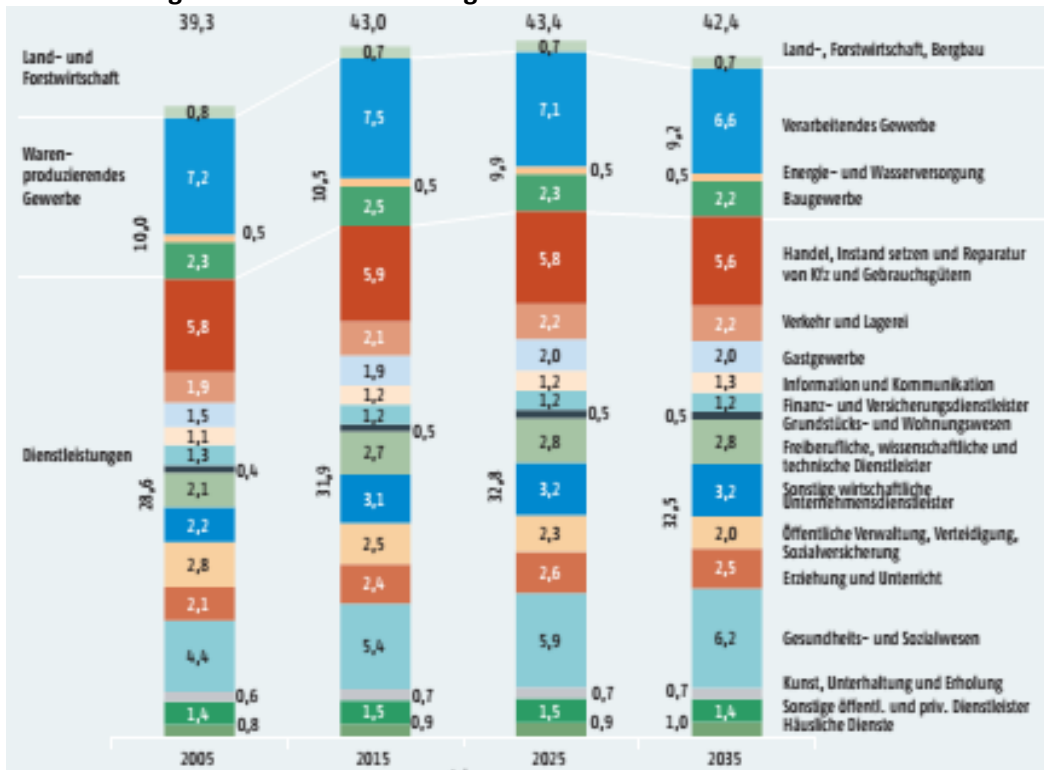


Investitionen in Berufliche Ausbildung und Qualifizierung erforderlich

Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen 2005 bis 2035 in Mio. Personen



GEW Hauptvorstand

GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinish-Weiser
0331/964476
heinish-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppenausschuss
Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmans@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net

Quelle: BIBB-Report 3/2016, S. 5 (Basiszenario).

Folgt man den Befunden der sogenannten vierten Welle der Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, so wird sich vor dem Hintergrund der Zuwanderung Geflüchteter im Jahr 2015 das Arbeitsangebot erst mit einiger Verzögerung erhöhen. Unter der Annahme einer Konstanz des heutigen Bildungs- und Erwerbsverhaltens und der heutigen Arbeitszeiten werden langfristig Engpässe im Anforderungsbereich der fachlich ausgerichteten Tätigkeiten entstehen. Hier sind vor allem Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung betroffen, während im hoch qualifizierten Bereich das Arbeitskräfteangebot langfristig stärker als die Nachfrage nach Fachkräften für hochkomplexe Tätigkeiten und komplexe Spezialistentätigkeiten zunimmt. Allerdings ist es hier infolge der noch nicht absehbaren Folgen der Digitalisierung durchaus plausibel, dass die Nachfrage nach wissensintensiven Berufen noch stärker als aus den derzeitigen Entwicklungen erkennbar zunimmt. Insbesondere in folgenden Berufshaupt-

feldern werden auch 2030 bzw. 2035 Arbeitskräfteengpässe erwartet: Gesundheits- und Sozialberufe, Gastronomieberufe, Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung, Verkaufsberufe (Einzelhandel), Verkehrs-, Lager- und Transportberufe sowie Reinigungs- und Entsorgungsberufe.

Für die Bundesfachgruppenausschüsse Kaufmännische und Gewerbliche Schulen belegen die Befunde der Berufsfeldprojektionen die Notwendigkeit, in die beruflichen Qualifikationen der nachwachsenden Generationen zu investieren. Sie sehen die Arbeitgeber in den erwarteten Branchen mit Fachkräfteengpässen dauerhaft gefordert, die Arbeits-, Einkommens- und Qualifizierungsbedingungen der jeweiligen Berufsgruppen deutlich und nachhaltig zu verbessern.

Ausbildungsgarantie – Initiative von GEW, Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit und Landeschülervertretungen



GEW Hauptvorstand

Für eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen haben sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit sowie die Landesschülervertretungen Hessen und Berlin während einer gut besuchten Veranstaltung „[Ausbildungsgarantie jetzt](#)“ an einem Berliner Oberstufenzentrum eingesetzt. Die Veranstalter betrachten es als einen gesellschaftlichen Skandal, dass mehr als 1,9 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss haben. Im Verlauf einer Diskussionsrunde mit den bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen wurde der Stellenwert einer Ausbildungsgarantie erörtert und ein Blick auf Österreich geworfen – dort ist eine Ausbildungsgarantie annähernd verwirklicht.

Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ hat bis heute kein Konzept vorgelegt, wann und wie eine wirkliche Ausbildungsgarantie, also ein rechtsverbindlicher Anspruch für alle Jugendlichen auf eine Berufsausbildung, umzusetzen ist. Im vergangenen Jahr haben gut 270.000 junge Menschen keine Ausbildung bekommen und sind im so genannten Übergangssystem gelandet. Hinzu kommt, dass die nach Deutschland geflüchteten Menschen qualifiziert werden müssen. Gesellschaftliche Teilhabe über Bildung, berufliche Qualifizierung, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz ist die Grundlage für eine gelingende Integration, so die Einsicht der Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen der GEW.

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen betonen nach wie vor, dass eine Ausbildungsgarantie rechtlich zu verankern und verbindlich mit dem Ziel umzusetzen ist, für alle Jugendlichen eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen – ob betriebliche, überbetriebliche oder auch vollzeitschulische – zu schaffen. Die erforderlichen finanziellen Mittel dafür müssen dauerhaft auf gesetzlicher Grundlage sichergestellt werden. Daher setzt sich die Bildungsgewerkschaft gemeinsam mit ihren Bündnispartnern für eine Ausbildungsgarantie ein, die zugleich

eine Voraussetzung für Inklusion in der beruflichen Bildung ist. Ziel einer Ausbildungsgarantie muss es sein, für alle Jugendlichen ein auswahlfähiges Angebot von Ausbildungsplätzen zu schaffen. „Auswahlfähig“ bedeutet, dass das Angebot den Bedarf um 12,5 Prozent übersteigen muss, wie es das Bundesverfassungsgericht bereits 1980 in einem Urteil konkretisiert hat, so die Bundesfachgruppen.

Berufsbildungskonzepte für die Regionen angesichts der demografischen Entwicklung

Nicht nur, aber vor allem infolge der Situation der Geflüchteten haben sich die Prognosen der rückläufigen Schülerzahlenentwicklung an den beruflichen Schulen vor allem in den westlichen Flächenländern (s. Infoblatt Berufsbildung Dezember 2013) teils als überholt und teils als sogar hinfällig erwiesen. Vor diesem Hintergrund fordern die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen zur Planung der Fachklassenstandorte die Entwicklung von Berufsbildungskonzepten in den Regionen. Statt auf Wettbewerb und ruinöse Konkurrenz als Steuerungsinstrumente zu setzen, sind im öffentlichen Interesse gemeinsam mit den betroffenen Akteuren entsprechende Ressourcen- und Personalkonzepte zu beschließen, um Standortfragen im Sinne eines flächendeckenden, strukturbildenden Angebots zu klären und die berufsbildungspolitischen Herausforderungen des demografischen Wandels in den Regionen meistern zu können. Falls in Flächenländern für einzelne Berufe eine Art Internatsbetrieb erforderlich ist, so sind die Unterbringung und deren Kosten von den Ländern zu bestreiten. Dort, wo die Zusammenlegung von Berufen erwogen wird, müssen die Lehrkräfte entsprechende berufsbegleitende Qualifizierungen und Unterstützungen erhalten.

GEW Hauptvorstand Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteam Bundesfachgruppenausschuss Gewerbliche Schulen

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinsch-Weiser
0331/ 964476
heinsch-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppenausschuss Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmans@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net